



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

September 2020 | DE

Krisenkommunikation

In der letzten (Französisch verfassten) Ausgabe dieser Reihe berichtet die für **Kommunikation** zuständige EWSA-Vizepräsidentin **Isabel Caño Aguilar** über ihre Erfahrungen während der COVID-19-Krise. Sie beschreibt, wie sich die Kommunikationsarbeit des EWSA durch die Pandemie verändert hat und Solidarität und Engagement zu Leitmotiven seiner gesamten Arbeit und aller seiner Initiativen geworden sind – nicht zuletzt mit dem **Preis der zivilgesellschaftlichen Solidarität**. Nach Ansicht der Vizepräsidentin „wird nichts mehr so sein wie vor dieser Pandemie. Doch es liegt in unserer Verantwortung, zu reagieren und ein stärkeres Europa zu gestalten. Das ist die Forderung, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger an uns stellen.“

Dessine-moi...

Die Artikelreihe „Dessine-moi...“ neigt sich dem Ende zu. Diese letzten Artikel machen die Sammlung der persönlichen Zeitskizzen, die uns seit Beginn der Pandemie begleitet haben, noch vielfältiger. Die aufrichtigen Zeugnisse aus dieser Zeit der unfreiwilligen Isolation berühren uns, halten uns an, das Schöne in den anderen zu suchen, dem Sinn des Lebens mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sich stärker bewusst zu sein, wie wichtig es ist, den Moment im Hier und Jetzt zu genießen.

Ein herzliches Dankeschön an die Mitglieder, die die letzten Artikel unserer Reihe verfasst haben: **Claudine Otto, Giulia Barbucci, Laure Batut, Bente Sorgenfrey, Karolina Dreszer-Smalec, Dilyana Slavova, Renate Heinisch, Janusz Pietkiewicz, Jože Smole, Martin Siecker** und **Arnaud Schwartz**.

Im Namen des gesamten Teams von EWSA info möchten wir uns bei den 43 Vertretern aus den 27 Mitgliedstaaten bedanken, die sich Zeit genommen und zur Feder gegriffen haben, um die Leserinnen und Leser Neues entdecken zu lassen und ihre Gefühls- und Gedankenwelt in dieser schwierigen Zeit mit

ihnen zu teilen.

This page is also available in:

- [ES](#)
- [BG](#)
- [CS](#)
- [DA](#)
- [EN](#)
- [ET](#)
- [FR](#)
- [EL](#)
- [GA](#)
- [HR](#)
- [IT](#)
- [LV](#)
- [LT](#)
- [HU](#)
- [MT](#)
- [NL](#)
- [PL](#)
- [PT](#)
- [FI](#)
- [RO](#)
- [SK](#)
- [SL](#)
- [SV](#)

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT

Chance für die Zivilgesellschaft: Mit aufgeklärtem Realismus nach neuen Wege suchen

In diesen Zeiten des beschleunigten Wandels zeigt sich, wie leicht unsere Demokratien, unsere Gesellschaften und unser Planet aus dem Gleichgewicht geraten können.

Im April 2018 trat ich das Amt des EWSA-Präsidenten an. Damals dachte ich, dass wir den humanistischen Geist der Renaissance wiederentdecken sollten, um schneller in Richtung eines nachhaltigen Europas voranzukommen. Angesicht des Brexits und der anstehenden Europawahl war mir klar, dass der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Umstellung auf

nachhaltigere und intelligentere Wirtschaftsmodelle zukommt.

Ein Monat vor Ende meiner Amtszeit kann ich sagen, dass Europa erneut seine Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt hat. In der Europawahl wurden Nationalisten und Euroskeptiker geschlagen, die es jetzt infolge der COVID-19-Pandemie mit ihren Lügenkonstrukten unbestrittenermaßen noch schwerer haben. Die EU hat beispiellose Maßnahmen ergriffen und in wenigen Monaten Tabus gebrochen, die bisher unantastbar zu sein schienen. Auf diese Weise hat sie unsere Bürgerinnen und Bürger und Gemeinschaften geschützt und in eine starke Zukunftsstrategie investiert, die auf einem präzedenzlos breiten Konsens beruht.

Heute bin ich noch stärker davon überzeugt, dass die drei Prioritäten meiner Präsidentschaft – nachhaltige Entwicklung, Frieden und Kultur – auch weiterhin im Mittelpunkt dieser Renaissance für Europa stehen müssen.

Die Pandemie mag ein Weckruf gewesen sein, doch Klimawandel und vermehrte Wetterextreme sind bereits heute Realität. Der EU-Aufbauplan für die Zeit nach der COVID-19-Pandemie ist eine einmalige Gelegenheit, um das Allerschlimmste zu verhindern und Europa zu einem Spitzenreiter in Sachen Nachhaltigkeit zu machen.

Die Zivilgesellschaft kann dabei den Weg weisen. Wir zählen zu den ersten EU-Institutionen, die Greta Thunberg und den jungen Klimaaktivisten Gehör geschenkt haben, die mit ihren Straßendemonstrationen einen sofortigen Wandel fordern. Im EWSA waren wir Vorreiter bei der Konzipierung von Modellen für die Kreislaufwirtschaft und die nachhaltige Entwicklung. Die im EWSA vertretenen Organisationen werden neben den lokalen Gebietskörperschaften hauptverantwortlich für die Umsetzung des Aufbauplans nach der Pandemie sein und dafür sorgen, dass kein Chaos ausbricht. Wir stehen nun kurz vor der Konferenz zur Zukunft Europas, die uns die Chance eröffnet, gemeinsam ein neues Europa zu schaffen.

In seiner Erklärung sagte Robert Schuman vor 70 Jahren, dass der Friede der Welt nicht gewahrt werden kann ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen. Niemals in der Geschichte und nirgendwo auf der Welt haben Frauen und Männer eine so lange Periode des Friedens, der Stabilität und des wirtschaftlichen Wohlstands erlebt; niemals hat es eine solche Garantie von Freiheiten und Rechten gegeben wie jetzt in Europa. Allerdings wissen wir nur zu gut, dass wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen dürfen.

Europa wurde durch eine Reihe von Krisen auf die Probe gestellt – durch die unerwartete und beispiellose Pandemie mehr denn je. Ich bin jedoch sicher, dass wir genug Energie und Kreativität haben, um auch aus dieser Krise gemeinsam gestärkt hervorzugehen. Einmal mehr müssen wir uns der Herausforderung gewachsen zeigen.

Das Haus der europäischen Zivilgesellschaft, das vor kurzem seinen 60. Jahrestag gefeiert hat, spielt eine wichtige Rolle in einer Zeit, in der wir uns wieder auf das, was wirklich zählt, konzentrieren, uns offener für Veränderungen zeigen und Vorschläge unterbreiten können, damit Europa – in den Worten Schumans – „durch konkrete Tatsachen [entsteht], die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“

Die *rEUnaissance* wird von Männern und Frauen getragen, die es wagen, innovativ zu sein, zu träumen, sich zu engagieren, Risiken einzugehen und ein kollektives Verantwortungsbewusstsein zu fördern, während sie mit Vernunft und einem leidenschaftlichen und aufgeklärten Realismus nach neuen Wege suchen.

Luca Jahier

BITTE VORMERKEN

6./7. Oktober 2020, Brüssel, Belgien

Begrüßungstage für die neuen EWSA-Mitglieder

27.-29. Oktober 2020, Brüssel, Belgien

Neubesetzung – Plenartagung des EWSA



KAROLINA DRESZER-SMALEC: LEHREN AUS DER CORONA-KRISE

Im März 2020 wurde uns zunehmend klar, dass die COVID-19-Pandemie mehr als eine Gesundheitskrise ist und etliche Aspekte unseres Lebens beeinflussen wird. Auch bei Verbänden und Aktivisten setzte sich die Erkenntnis durch, dass wir uns in unserem Arbeitsalltag neuen Herausforderungen stellen müssen. Wie sich herausstellte, kam alles aber noch schlimmer als erwartet.

Im Mai 2020 organisierten wir einen „virtuellen Umtrunk“. Nach zwei Monaten Lockdown und Homeoffice beschlossen wir, uns zu einem ersten Gedankenaustausch über die jüngste Zeit zu treffen.

Mit Kolleginnen und Kollegen vom Europäischen Bürgerforum, einem Netz aus 100 Verbänden und NRO aus 27 europäischen Ländern, die sich aktiv u.a. für politische Bildung, Menschenrechte und Demokratieförderung einsetzen, haben wir eine mehrstündige leidenschaftliche Debatte geführt. Und obwohl jeder seine persönliche nationale Perspektive einbrachte, gelangten wir zu ähnlichen Schlussfolgerungen.

Aus diesen Diskussionen konnten wir eine Reihe von Lehren ableiten.

Lehre eins: Unsere eigene Sicherheit ist untrennbar mit der Sicherheit unserer Mitmenschen verbunden.

Wir brauchen einen universellen Gesundheits- und Sozialschutz für alle Menschen, in unserer Gesellschaft daheim und weltweit.

Lehre zwei: Wir alle sind verletzlich und unsere Schicksale sind miteinander verbunden.

Solidarität, Gleichheit, Rechte und Fürsorge müssen die Grundlage der internationalen Beziehungen und des Alltags der Menschen bilden.

Lehre drei: Es gibt ein Gemeinwohl.

Öffentliche Einrichtungen müssen diesem Gemeinwohl – und nicht Partikularinteressen – verpflichtet sein, es schützen und umsetzen.

Lehre vier: Demokratie ist das Mittel gegen das Virus, das wir alle brauchen.

Das Bewusstsein und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, verlässliche Informationen, öffentliche Forschung und Bildung sowie transparente Institution tragen allesamt zum Gemeinwohl bei.

Lehre fünf: Der Weltmarkt hat versagt.

Wir müssen die Produktion nach Europa zurückholen, eine Kreislaufwirtschaft aufbauen und ein universelles Grundeinkommen einführen.

Lehre sechs: Die Erde ist uns anvertraut worden. Wir sind aber nicht ihre Besitzer.

Die Natur freut sich über den Lockdown und erholt sich von den Schäden, die wir ihr zugefügt haben. Wir müssen auf der Welt die Umweltgerechtigkeit wiederherstellen.

Lehre sieben: Die systemrelevanten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die wahren Helden. Frauen stehen dabei an vorderster Front.

Die Leistungen der Frauen müssen in der sozialen Hierarchie gewürdigt werden. Die „Unsichtbaren“ müssen in den vollen Genuss ihrer Rechte kommen.

Lehre acht: Die Zeit für Entschleunigung ist gekommen.

Der Lockdown hat uns zur Rückbesinnung auf soziale Bindungen, Geduld und Mitmenschlichkeit gezwungen. Diese Güter müssen wir dauerhaft hochhalten.

Lehre neun: Wir brauchen menschliche, soziale und ökologische Sicherheit.

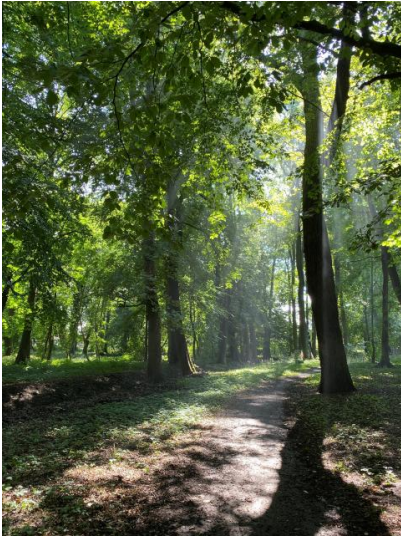
Wir kämpfen für einen gerechten Aufbau und einen gerechten Wandel in unserem Land, in Europa und in der Welt.

Lehre zehn: Die Zukunft darf nicht so werden wie die Vergangenheit.

Wir müssen diese Lehren beherzigen und gemeinsam handeln.

Nutzen wir die Chance, um nach der Krise mehr zu lernen? Können wir die Krise in eine neue Chance verwandeln?

Meiner Überzeugung nach muss die Zukunft anders aussehen als die Vergangenheit.



MARTIN SIECKER: FREI NACH MONTY PYTHON SOLLTE MAN IMMER DAS POSITIVE IM LEBEN SEHEN!

Für mich ist alles neu, denn dies ist die erste Pandemie, die ich erlebe. Im Internet habe ich eine Liste mit den zehn schlimmsten Pandemien der Geschichte gefunden. Die letzte Pandemie in Europa vor Covid-19 war die Spanische Grippe im Jahr 1920. Ich bin zwar alt, aber so alt nun doch wieder nicht.

Das Immunsystem meiner Partnerin ist aufgrund einer chronischen Lungenerkrankung extrem geschwächt, und sie darf als Hochrisikopatientin auf keinen Fall mit Keimen in Berührung kommen. Wir sind daher in Bezug auf Kontakte sehr zurückhaltend, was für uns beide

neue Erfahrungen mit sich bringt. Aus Sorge vor einer Ansteckung hat sich mehr oder weniger in Selbstisolation begeben. Und ich muss all das machen, was sonst sie erledigt hat, z. B. einkaufen. Vor der Krise habe ich zwar auch mitgeholfen und den Einkaufswagen im Abstand von einem Meter hinter ihr hergeschoben, während sie ihn befüllt hat, aber jetzt ist es anders.

Den Einkaufswagen für jemanden zu schieben, ist leicht: Man muss nur hinterherdackeln und darüber sinnieren, wie man die Welt retten kann, während die Einkäufe in den Wagen geladen werden. Jetzt muss ich den Wagen selbst füllen und gerate aufgrund der übergroßen Auswahl vor jedem Regal in Stress. Auf der Einkaufsliste steht Kaffee. Und im Regal stehen Dutzende verschiedener Marken, die alle gleich aussehen. Und welches Toilettenpapier brauchen wir – ein-, zwei-, drei- oder vierlagig? Meine Frau weiß, welches Produkt sie will und wo es steht, und innerhalb weniger Minuten sind wir mit dem Einkauf fertig. Für mich sind Supermärkte Irrgärten, nur in der Bierecke habe ich keine Probleme, meine Auswahl zu treffen. Für den Rest brauche ich Stunden und gerate schier in Verzweiflung, bevor ich eine Entscheidung treffen kann.

Die erste Reaktion der Niederländer auf die Pandemie hat mich überrascht. Sie verhielten sich nämlich einig und solidarisch. Leider war das Durchhaltevermögen dieser kleinen Gruppe voneinander abhängiger und ansonsten bedauernswerter Menschen nur von kurzer Dauer, und mit der Solidarität war es nach wenigen Wochen vorbei. Die Menschen hielten sich dann nicht mehr an die Regeln und warfen dem Staat vor, ihre Grundrechte zu untergraben und ihre vier Freiheiten einzuschränken. Um also ihr unveräußerliches Recht auf Feiern einzufordern, haben sie den Staat, blind vor Wut, verklagt.

Zum Glück leben wir in Europa, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (in den meisten Mitgliedstaaten) relativ fest verankert sind und die Gesundheitsversorgung im Vergleich zu anderen Kontinenten ziemlich gut ist. Vergleicht man die Auswirkungen des Virus auf die verschiedenen Generationen, so leiden die jungen Menschen eindeutig am meisten, was eben auf ihr Alter zurückzuführen ist. Mit 19 will man einen Freund oder eine Freundin haben, seine Sexualität erkunden und dieses „crazy little thing“ namens Liebe kennenlernen. In Zeiten von Pandemien sind aber selbst harmlose Umarmungen tabu. Junge Menschen werden dadurch verunsichert und frustriert, weil sie ihr Verlangen nicht ausleben können.

Die wichtigste Frage ist jedoch, was aus der Wirtschaft werden soll. Ein Neustart nach dem Motto „Weiter so wie bisher“, wenn die Pandemie unter Kontrolle ist? Oder packen wir die Gelegenheit beim Schopf, wenden

uns von einem System ab, das von menschenverachtenden Monopolisten beherrscht wird, und entwickeln uns in Richtung eines inklusiven Wirtschaftsmodells, in dem eine friedliche Koexistenz von kleinen, überschaubaren und nachhaltigen Initiativen mit verantwortungsvoll handelnden Großunternehmen möglich ist? Wir haben die Wahl! Unsere Zukunft bzw. unser Überleben werden dadurch bestimmt, ob wir uns für ein „weiter so wie bisher“ entscheiden oder aufhören, uns selbstzerstörerisch wie Lemminge auf den Abgrund zuzubewegen.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Zeit! Wägen Sie ab, denken Sie nach und tun Sie, falls nötig, Buße.



JOŽE SMOLE: „WIR SIND GEEINT UND GESTÄRKT AUS DER KRISE GEKOMMEN“

Eine solche Situation hatten wir noch nie erlebt. Das Virus kam plötzlich und breitete sich rasend schnell aus – das ganze Land musste in Quarantäne. Daher wussten wir auch nicht, wie wir mit diesem Problem am besten umgehen sollten. Wir fragten uns, wie es weitergehen soll. Zu Beginn hatten wir große Angst und waren wie gelähmt. Für die Wirtschaft

brachen von einem Augenblick zum anderen alle Geschäftspläne für das laufende Jahr 2020 in sich zusammen, und wegen der unsicheren Lage stehen auch alle Pläne für die Zukunft unter einem großen Fragezeichen.

Alle stellten wir uns die gleiche Frage: Wie soll es weitergehen? Wie soll man auf diese neuartigen Umstände reagieren: Quarantäne, vollständige Isolierung, ohne zu wissen, wann sich die Lage normalisieren wird? Große Angst und Sorge führen stets zu Ratlosigkeit. Auch die ersten Reaktionen der Unternehmen gingen in diese Richtung. Wir alle wollten wissen, wie lange diese Situation noch andauert, wie der Staat reagieren wird und mit welcher Hilfe gerechnet werden kann. Sehr früh zeigte sich, dass wir uns nicht alle in der gleichen Lage befinden: für Wirtschaftssektoren wie Tourismus und Logistik war die Krise eine reine Katastrophe. In anderen Branchen wie der Informationstechnologie und der Lebensmittelindustrie sorgte sie für einen Boom und neue Herausforderungen.

Glücklicherweise handelte unsere neue Regierung schnell und angemessen. Gemeinsam konnten wir Maßnahmenprogramme, Unterstützung, Anreize usw. erarbeiten. Wir standen kontinuierlich in direktem Kontakt mit vielen unserer Mitglieder aus verschiedenen Branchen, sodass wir den Überblick über verschiedene Sektoren behielten, zahlreiche Ideen für die wirksamsten Formen der Hilfe zusammentragen und die Regierung entsprechend unterrichten konnten.

Am meisten vermisse ich die direkte Kommunikation und persönliche Kontakte. Kommuniziert wurde in diesen Zeiten vor allem online, während die persönliche Kommunikation praktisch zum Erliegen kam. Als positive Folge von COVID-19 kann in erster Linie der enorme Fortschritt in der Digitalisierung sowohl bei der elektronischen Kommunikation zwischen Unternehmen als auch zwischen Staat und Unternehmen sowie mit der Bevölkerung und den Nutzern angesehen werden.

Es hat sich gezeigt, dass eine gute Organisation und die Disziplin aller Bürger in Bezug auf die Akzeptanz und Einhaltung der Anweisungen und Maßnahmen von größter Bedeutung ist, da nur so die erwünschten Ziele erreicht werden können.

In vielen Bereichen wird es infolge von COVID-19 zu Veränderungen kommen. Wir wissen nicht, wie lange die Pandemie noch andauern wird. Unklar ist auch, ob wir nach der Epidemie nicht noch weitere COVID-19-Wellen erleben werden, da es nicht gelungen ist, das Virus dauerhaft zu bekämpfen. Die Krise zeigt sich in allen Bereichen, in der Bildung, im Gesundheitswesen, im Finanzsektor, in der Wirtschaft usw. Wir wissen nicht, wie die Lage nach der Krise aussehen wird und wie schwer die Wirtschaft durch die Krise getroffen wird.

Viele Veränderungen lassen sich jetzt noch gar nicht absehen, sodass die Frage, welche Arbeitsplätze verloren gehen werden, völlig offen ist. Wir müssen alles tun, dass unsere Unternehmen und damit auch unsere Arbeitsplätze, am Ende der Krise so wettbewerbsfähig wie möglich dastehen. Allein mit staatlichen Beihilfen werden wir das nicht erreichen; erforderlich ist auch eine kontinuierliche Weiterbildung auf allen Ebenen.

Der Lockdown hat uns deutlich vor Augen geführt, dass die digitale Kommunikation allein persönliche Kontakte nicht ersetzen kann, weder in Schulen, noch in Unternehmen noch bei anderen Tätigkeiten. Daher besteht unser Ziel selbstverständlich darin, dass wir wieder persönlich miteinander kommunizieren können – sowohl innerhalb unseres Verbandes als auch mit all jenen, mit denen wir derzeit nur online kommunizieren können.



JANUSZ PIETKIEWICZ: DASEINSVORSORGE IN ZEITEN DER PANDEMIE

Ende Februar, Anfang März konnten wir wie jedes Jahr um diese Zeit bei unserer Arbeit in den Studiengruppen und während der Debatten den schönen Marteniza-Brauch unserer bulgarischen Freunde miterleben. Wir streiften uns gegenseitig die traditionellen rot-weißen Armbänder über und freuten uns über die als Glücksbringer verschenkten Quasten und Püppchen aus Wollfäden. Der bevorstehende Frühlingsbeginn stimmte uns optimistisch. Wir wünschten uns gegenseitig viel Erfolg für die verbleibende Zeit der fünfjährigen Mandatsperiode des EWSA.

Intuitiv haben wir die Gefahr des asiatischen Virus für unser geordnetes Leben im Herzen der EU verdrängt. Aus Südeuropa erreichten uns zwar bereits Signale und ernstzunehmende Warnungen, doch gingen wir davon aus, dass uns die Verfahren der europäischen Institutionen vor der Pandemie schützen würden. Und falls uns keine anderen Mittel mehr blieben, würde – wie uns unsere bulgarischen Kolleginnen und Kollegen mit einem Augenzwinkern versicherten – im Ernstfall ein Schlückchen des Hausmittels Marteniza-Rakija helfen. Die Forderungen nach Desinfektionsmitteln in den Sitzungssälen wurden zwar ignoriert, dafür wurde uns stets versichert, dass man die Gefahr genauestens im Auge behalte, was uns die Angst vor dem Virus

ein Stück weit nahm.

Noch am Mittwoch, den 11. März, habe ich in der Studiengruppe ECO/505 die Empfehlungen zum Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa erörtert. In den Fachgruppen wurden Arbeitspläne erstellt und die nächsten Brüsselreisen gebucht. Und dann – eine Woche später – kam unser Leben zum Stillstand. *Lockdown!* Bildlich muss man sich das als Vollbremsung eines schnell fahrendes Zuges mit entsprechendem Funkenflug vorstellen.

Niemand hat so plötzlich mit immer weiter reichenden Beschränkungen gerechnet. Das war ein Schlag gegen die Grundfeste unseres Lebens. Ein psychischer Tsunami, eine Art Trauer, die unsere Psyche durchflutet, wie es der polnische Dichter Ildefons Gałczyński einst formulierte. Die Notwendigkeit, zu Hause zu bleiben, empfanden wir als befremdlich und hatten einfach nur Angst. Fragen nach Unterstützung und lebenswichtigen Produkten wurden laut. Wir stellten unsere bisherigen Gewohnheiten auf den Prüfstand.

Ich hätte nie gedacht, dass ich das nächste Mal erst im Juni nach Brüssel kommen würde, und zwar mit dem Auto auf menschenleeren Autobahnen, weil der Flugverkehr zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder aufgenommen wurde. Ich weiß noch genau, wie aufgeregt ich war, als ich den vom Generalsekretär per E-Mail erhaltenen Passierschein für meine Reise ausgedruckt habe: einen *COVID-19-Passierschein*, der am 29. Mai 2020 in vier Sprachen ausgestellt und mit einem beeindruckenden Rundstempel versehen wurde. Er sollte als Garantie dienen, dass ich nicht unter Quarantäne gestellt werde.

Sicherheitshalber habe ich mir dies telefonisch von den Gesundheitsämtern jener deutschen Bundesländer bestätigen lassen, die ich durchqueren musste. Am 8. Juni nahm ich in Brüssel an der ersten Hybrid-Sitzung der Studiengruppe ECO/510 und am 10./11. Juni an der EWSA-Plenartagung teil.

Die Medien und sozialen Netzwerke waren zu dem Zeitpunkt bereits voll von Kommentaren und Mutmaßungen über den vermeintlichen Ursprung des Virus. Bedauerlicherweise ist daraus bislang noch kein zeitgenössisches Werk entstanden, das mit dem *Dekameron* von Giovanni Boccaccio oder der *Pest* von Albert Camus aus dem Jahr 1947 vergleichbar wäre, in denen die dunklen Seiten der menschlichen Natur und der Kampf der Menschheit gegen die Seuche so realistisch dargestellt werden.

Die Erfahrungen mit dem weltweiten *Lockdown* und die Warnungen vor einer zweiten SARS-CoV-2-Welle – dieses Mal in Verbindung mit der Herbstgrippe, die in zahlreichen Ländern ohnehin mehr Todesopfer fordert als die derzeitige COVID-19-Pandemie – haben mich dazu veranlasst, mir Gedanken über die Bedeutung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu machen. Jahrzehntlang wurden diese stiefmütterlich behandelt.

Die COVID-19-Pandemie hat allerdings die überaus wichtige und stabilisierende Rolle der lokalen, regionalen und europaweiten Erbringer dieser Leistungen offenbart. Endlich bekennt sich die Gesellschaft zu deren ausschlaggebender Rolle, auf der das europäische Sozialmodell beruht und die auch als Grundlage für einen hochwertigen wirtschaftlichen Wiederaufbau im Rahmen des Programms „Next Generation EU“ und des europäischen Grünen Deals dienen kann.

Die Energie- und Wasserversorgung, die Abfallbewirtschaftung und der öffentliche Verkehr haben während des wirtschaftlichen Stillstands für eine Kontinuität des Alltags und für unsere Sicherheit gesorgt. Denn schließlich wären ohne vorherige Investitionen in diese Sektoren Selbstverständlichkeiten wie die allmorgendliche Dusche zu Hause, der Kaffee aus der Kaffeemaschine oder das pünktliche Erscheinen im

Büro oder im Krankenhaus nicht möglich gewesen. Gleiches gilt für die Gesundheitsversorgung und für die Pflege von Menschen mit Behinderungen und Senioren. Ohne Krisenmanagement und ohne das politische Bewusstsein und die gesellschaftliche Unterstützung für die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse würden diese nicht funktionieren.

Anstatt uns über die Schwierigkeiten zu beklagen, die die Krise mit sich brachte, sollten wir auch den überaus wichtigen Bereichen Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Kultur im weitesten Sinne den ihnen gebührenden Stellenwert einräumen.



GIULIA BARBUCCI: DIE STIMME DER GEWERKSCHAFTEN WAR IN DIESEN MONATEN STÄRKER ALS JEMALS ZUVOR.

11. März – Heimkehr nach Rom. Die Stimmung ist gedrückt, ängstlich... in Norditalien werden schon die Toten gezählt. Meine Tochter Ilaria ist von ihrem Studienort Mailand zurückgekehrt, und meine Älteste, Miriam, die in Barcelona lebt und arbeitet, ist sehr besorgt.

Am Abend verhängt Premier Conte den Lockdown für ganz Italien. In den „roten“ Zonen im Norden des Landes tritt dieser sofort in Kraft und sieht vor, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Gebiete nicht mehr verlassen dürfen.

Schulen müssen schließen, die Fußballmeisterschaft und Sport- und Freizeitaktivitäten werden ausgesetzt, Besuche in Krankenhäusern sind verboten. Reisen sind weder mit öffentlichen noch mit privaten Verkehrsmitteln möglich, und alle nicht systemrelevanten Wirtschaftsaktivitäten werden eingestellt.

Die Situation in Italien ist völlig surreal. Es herrschen Orientierungslosigkeit und Angst: Das Virus scheint sich unkontrolliert und unaufhaltsam auszubreiten.

Zwei Bilder sind symbolhaft für die harte Realität: die langen Kolonnen der Militärfahrzeuge, die die Särge aus Bergamo in andere Regionen transportieren, weil auf den Friedhöfen der Stadt kein Platz mehr ist, und die weltweit übertragenen eindrucksvollen und unvergesslichen Fernsehbilder von Papst Franziskus, der am 28. März auf dem menschenleeren Petersplatz betet.

Die italienischen Gewerkschaften und die Regierung werden sofort aktiv, um die systemrelevante Produktion zu sichern und aufrechtzuerhalten, sodass die Bevölkerung weiter alles Lebensnotwendige in Supermärkten und Arzneimittel in Apotheken kaufen kann. Die Gewerkschaften setzen sich ununterbrochen für jene ein, die ihre Arbeit verlieren, verhandeln mit Unternehmern, damit diese ihren Mitarbeitern Telearbeit ermöglichen, und bemühen sich um eine Stützung des nicht mehr gesicherten Einkommens.

Die Situation in den Krankenhäusern ist außer Kontrolle: Es gibt zu wenig Betten, die Intensivstationen sind völlig überlastet; das Gesundheitspersonal arbeitet Tag und Nacht; Krankenpflegerinnen und -pfleger, Ärzte und Ärztinnen sowie Reinigungskräfte dürfen nicht mehr nach Hause, sondern müssen sich in Quarantäne

begeben; auch durch die enorme psychische Belastung, Menschen beizustehen, die ohne den Trost ihrer engen Angehörigen sterben, sind sie am Ende ihrer Kräfte.

In dieser Phase haben wir uns alle gesagt, dass wir das Geschehene nie vergessen werden. Heute versuchen wir den Blick wieder nach vorn zu richten, aber das Virus ist nicht verschwunden: Immer wieder flackern in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten kleinere und größere Infektionsherde auf, und jedes Land reagiert darauf nach eigenem Ermessen. Gerade jetzt, da die Europäische Union angesichts des enormen wirtschaftlichen Kraftakts für alle Länder geeint handeln und die Maßnahmen der einzelnen Staaten koordinieren sollte, müssen wir erkennen, wie schwierig dies immer noch ist. Als Einzelkämpfer lässt sich dieser Krieg jedoch nicht gewinnen.

Die Stimme der Gewerkschaften war in diesen Monaten stärker als jemals zuvor. Arbeitnehmervertretung ist kein abstraktes Konzept: Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im jeweiligen Land berechnete Forderungen in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Würde und Respekt stellen. Nur die, die die Realität in Krankenhäusern und Seniorenheimen, im Handel, in der Reinigungsbranche, im Verkehrswesen und in Unternehmen, die gegen die grundlegenden Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz verstoßen, erlebt haben, können uns sagen, wie ein Wirtschafts- und Sozialmodell verändert werden muss, das deutlich an seine Grenzen stößt und die Zukunft der nächsten Generationen gefährdet.

Genau das wünsche ich mir für meine Töchter Ilaria, die in Mailand studiert, und Miriam, die in Barcelona arbeitet: eine Welt, die ihren Bedürfnissen gerecht wird und in wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Hinsicht nachhaltig ist.



DILYANA SLAVOVA: DIE COVID-19- PANDEMIE HAT MICH GELEHRT, NICHTS VON DEM, WAS ICH MIR VORGENOMMEN HABE, MEHR AUFZUSCHIEBEN!

Durch die Pandemie sind die Grenzen in Europa, manchmal sogar die Grenzen innerhalb ein und desselben Landes, wieder sichtbar geworden. Nun könnte man meinen, dass dadurch der Spielraum für die transnationale Zusammenarbeit zwischen Regionen und Städten kleiner geworden wäre. Tatsächlich ist aber genau das Gegenteil der Fall.

Wie also habe ich den Lockdown in Bulgarien erlebt? Für einen aktiven und sportlichen Draußen-Menschen und Frischluftfanatiker wie mich war es eine schwierige Zeit. Es gab viele Beschränkungen. Wir mussten drinnen bleiben und durften nur während der Öffnungszeiten von Geschäften für die Grundversorgung nach draußen, um Lebensmittel, Medikamente oder Haushaltswaren einzukaufen. In den Läden und auch außerhalb musste stets ein Mindestabstand von anderthalb Metern eingehalten werden. Es war wirklich kompliziert: Jedes Mal, wenn wir Sofia verlassen wollten, mussten wir ein Formular ausfüllen, in dem der Grund und das Ziel der Reise anzugeben waren. Bei Kontrollen musste das Formular der Polizei vorgezeigt

werden.

Das Gute war aber, dass sich die Menschen in Bulgarien stärker auf ihre eigenen Kräfte besannen und durch die größere Autarkie auch die Qualität der eigenen Lebensmittel zu schätzen lernten. Sie haben erkannt, wie gut die lokalen Anbieter und kurze Versorgungsketten bei Lebensmitteln sind. Die Nachfrage nach Lebensmitteln aus landwirtschaftlichen Betrieben und direkt vom Erzeuger ist gestiegen. Durch Basisinitiativen sind viele zu Gärtnern geworden und bauen ihr eigenes Gemüse und Kräuter an.

Die Märkte waren die ganze Zeit geöffnet. Hier wird traditionell mit Lebensmitteln, Saatgut, Setzlingen, Obst und Gemüse sowie Blumen gehandelt. Dass die Märkte während des Lockdowns – bei strikter Einhaltung von Sicherheitsmaßnahmen – offen bleiben durften, hilft, ein wenig Normalität und gewohnte Routine beizubehalten.

In den Bergen waren auch einige lokale Aktionsgruppen sehr aktiv. Sie haben nützliche Kontakte erfasst und auf ihren Websites veröffentlicht, um lokale Erzeuger von Lebensmitteln während der Pandemie zusätzlich zu unterstützen.

Aufgrund der diversen Reise- und Kontaktbeschränkungen mussten wir im Verband viele unserer üblichen Sitzungen und Veranstaltungen absagen, die es in der Regel einfacher machen, gemeinsame Initiativen zu entwickeln und die Ergebnisse zu verbreiten. Diese Beschränkungen haben uns jedoch nicht von der Arbeit abgehalten – ganz im Gegenteil. Wir arbeiten weiterhin effizient zusammen daran, die Bergregionen zu stärken und noch widerstandsfähiger zu machen. In einigen Fällen haben wir unsere Arbeitsprogramme angepasst und entwickeln nun gemeinsame Lösungen, um schwächeren EU-Regionen und -Städten zu helfen, besser mit der Pandemie klarzukommen.

Wir haben eine Unterstützungsplattform geschaffen, die die Solidarität im ländlichen Raum fördern soll. Sie dient der zwischenmenschlichen Solidarität und stellt den Kontakt zwischen hilfsbedürftigen Menschen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern her. Ziel der Plattform ist gegenwärtig vor allem die Unterstützung behinderter und älterer Menschen, die zur Risikogruppe gehören, beim Einkaufen oder der häuslichen Pflege (mit Ausnahme der Körperpflege) sowie von Eltern, die arbeiten müssen und daher eine Betreuung für ihre Kinder benötigen.

Im ländlichen Raum und in Bergregionen sind noch viele weitere Initiativen entstanden, die veranschaulichen, wie stark unsere Gemeinschaft und wie groß die Hilfsbereitschaft ist. Ich habe für mich als Lehre aus dieser Zeit gezogen, dass ich das, was ich mir vorgenommen habe, nicht mehr aufschieben darf. Etwas zu tun und zu tun zu haben, kann in schwierigen Zeiten unsere Rettung sein.



[CLAUDINE OTTO: EINE GRÖßERE
UNABHÄNGIGKEIT VON DER
GLOBALISIERUNG MUSS AUF
EUROPÄISCHER EBENE ANGESTREBT
WERDEN.](#)

Seit der Verhängung des Lockdowns sind die Straßen wie ausgestorben. Was auffällt, ist die Stille. Kein Hetzen mehr von einem Termin zum anderen, keine Auslandsreisen für ein zweistündiges Meeting, kein Hupen in der Stadt, kein Bus, der nicht kommt... Wie viele andere auch haben wir uns dieser erzwungenen Abschottung gebeugt und versucht, mit diesem neuen Lebensstil irgendwie zurechtzukommen. Während ich problemlos im Homeoffice arbeiten konnte, war es für meinen Mann undenkbar, da sein Beruf und die Infrastruktur sich dafür nicht eign(et)en. Das hat ihm einige schlaflose Nächte beschert, da extrem viele seiner Angestellten nicht zur Arbeit kamen. Denn die Angst hat sich mindestens so schnell wie das Virus verbreitet.

Jetzt, nachdem die erste Welle vorbei ist, frage ich mich, in welcher psychischen, sozialen und wirtschaftlichen Verfassung wir uns nach dieser Krise befinden werden? Die Pandemie ermöglichte uns zwar eine Neudefinition dessen, was wesentlich ist, sowie eine Schärfung des ökologischen Bewusstseins, bescherte uns aber auch so manchen Alleingang auf nationaler und internationaler Ebene. Niemand in Luxemburg hätte es für möglich gehalten, dass die Grenzen wieder geschlossen werden. Grenzgänger sind für das Großherzogtum unabdingbar, und aufgrund der Einschränkung des freien Personenverkehrs mussten wir unter anderem einen Mangel an Pflegekräften fürchten.

Diese Krise ist auch die Gelegenheit, sich auf unsere eigene Verwundbarkeit zu besinnen. Wir stellen fest, dass wir abhängig sind – und zwar nicht nur von Pflegekräften, sondern auch vom Verhalten der anderen.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist nur gemeinsam möglich. Es gilt, Nationalismus und den Rückzug der Volkswirtschaften auf sich selbst zu vermeiden, auch wenn einige Länder im Namen der Resilienz von der Nationalisierung der Wertschöpfungsketten sprechen. Eine größere Unabhängigkeit von der Globalisierung muss auf europäischer Ebene angestrebt werden. Diese Krise bietet uns sozusagen die Möglichkeit, kurz innezuhalten, um über uns selbst nachzudenken.



RENATE HEINISCH: GEMEINSAM DIE EINSAMKEIT ÜBERWINDEN

Als Apothekerin habe ich mich in Corona Zeiten intensiv mit dem Thema Gendermedizin beschäftigt. Gerade im Bereich psychischer Gesundheit sind die Geschlechtsunterschiede bei COVID auffallend.

Männer werden vergleichsweise häufiger auf die Intensivstation aufgenommen und sterben häufiger, vor allem jüngere Männer.

Seit dem Lockdown erkrankten junge Frauen häufiger bedingt durch ihr neues Rollenverständnis: prekäre Beschäftigung, mehr Teilzeitarbeit, mehr Kontakte, weniger Homeoffice, Pflege.

Wir müssen wieder in Familien die Rollenbilder von Frauen und Älteren ins Auge fassen, denn auch die Älteren werden diskriminiert. Ich werde die Gespräche dazu kontinuierlich fortführen.

Ich habe mich in dieser Zeit vor unserer Apotheke auf die Bank gesetzt und dies mit Familienmitgliedern diskutiert, und sie waren alle froh über diese Gespräche.

Auch habe ich in unserem Seniorenheim die Älteren von der Straße aus hoch zu ihren Zimmern begrüßt, und wir haben auch gesungen.

Die Einsamkeit muss überwunden werden und die Angehörigen müssen unterstützt werden. Die Politik muss dies bei der Förderung der Arbeitsplätze in diesem Bereich beachten, aber bis dies realisiert ist, müssen wir alle unterstützen.

Ich habe auch Eltern zum Bildungsbereich befragt und Videokonferenzen mit Lehrern zu Medienkompetenz arrangiert.



LAURE BATUT: ANGST, WIDERSTANDSFÄHIGKEIT – UND DANN?

Zunächst: Angst und Verblüffung

Angst, echte Angst. Jene, die alles zum Erliegen bringt; jene, die bei der allabendlichen Bilanz der Todesfälle die Sorge um Familie und Freunde, sehr junge oder sehr alte und besonders gefährdete Menschen wachsen

lässt. Jene, die daran erinnert, dass Dunkelheit droht, dass sie lauert.

Verblüffung entstand angesichts der unvorbereiteten französischen Gesundheitsdienste und des überlasteten medizinischen Personals, das an vorderster Front stand, mit den Bürgerinnen und Bürgern in zweiter Linie. Allen mangelte es an grundlegenden Mitteln, um sich zu schützen oder Hilfe zu leisten. Verblüffung auch angesichts der Tatsache, dass die Bürger eines Landes wie Frankreich (und seiner Überseegebiete) in der Lage sind, alle menschlichen Tätigkeiten von einem Augenblick auf den anderen herunterzufahren und die Städte und Schulen zu verlassen – nach einem langen Winter wütender, aber gerechtfertigter Straßenproteste.

Die durch die Pandemie noch stärker globalisierte Welt hat sich infolge des Lockdowns zersplittert... in viele einzelne Menschen, die getrennt nebeneinander her leben. Die Pandemie hat die bestehenden Gräben noch tiefer gemacht.

Rückkehr des Staates

Die öffentlichen Dienste, insbesondere im Gesundheitswesen, haben die Aufgabe, Leben zu retten. Nach und nach erhielten sie die nötige Logistik, einschließlich einer Reihe von Maßnahmen mit „Showeffekt“, wie etwa

der Verlegung von Kranken per Zug oder Hubschrauber, während Privatkliniken, die bereit waren zu helfen, gar nicht erst in Anspruch genommen wurden.

Der Staat stellte Unterstützung für Unternehmen bereit, die in den Städten grundlegende Dienstleistungen erbringen, damit das Leben weitergeht, z. B. durch Versorgungs- und Reinigungsdienste.

Beim Schutz ihrer Beschäftigten vor dem Virus gab es jedoch große Unterschiede, und nicht alle kamen in den Genuss von Sondervergütungen.

Dann: Widerstandsfähigkeit

Sie entstand durch Beziehungen – zwischen Lehrern und Schülern, über Netzwerke, Telefon, Radio, Fernsehen, Medien, sei es zur Vermittlung essenzieller Botschaften oder zur Unterhaltung: Man musste sich beschäftigen, sich organisieren, arbeiten. Allabendlich um 20 Uhr spendeten die Bürgerinnen und Bürger von ihren Fenstern aus Beifall für die Pflegekräfte, denen der Staat nicht die Anerkennung zollte, die zu erwarten gewesen wäre.

Die Arbeitnehmer entdeckten ihre eigene Innovationsfähigkeit wieder. Telearbeit, die einigen Arbeitnehmern zuweilen verweigert wurde, fand rasche Verbreitung. Eltern, vor allem Mütter, mussten zwei Berufe ausüben: ihren eigentlichen und den einer Lehrkraft.

Das Handeln der Gewerkschaften im ganzen Land erhielt neue Legitimität durch ihre Rolle als Mittler zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierung. Es bleibt zu hoffen, dass ihre Stimme nicht nur wahrgenommen, sondern vor allem auch gehört wird.

Europa

Die EU sorgte mit den ersten Erklärungen der Kommission ebenfalls für Verblüffung!

So wurde mehr als nur ein Marshall-Plan angekündigt. Was für ein Impuls für den Wiederaufbau! Aber: Regierungen und Parlament fanden rasch die üblichen Ausflüchte.

Gleichwohl haben landesweit schon viele kleine Betriebe – mit wenigen Angestellten und geringer Finanzausstattung – Konkurs angemeldet, kleine Lokale, mit denen sich junge Menschen eine Existenz aufbauen wollten, wurden mit Verlust verkauft. Ihnen springen keine Banken bei. Arbeitnehmer haben bis September Anrecht auf Kurzarbeitergeld – aber danach? Trotz Staatshilfen entlassen Großunternehmen wie Air France-KLM (sieben Milliarden Euro Beihilfen aus den Niederlanden und Frankreich), Airbus usw. ihre Beschäftigten auf skandalöse Weise. Gleichzeitig strömen nach dem Sommer 700 000 junge Menschen auf den Arbeitsmarkt ...

Und der Tag danach?

Er erscheint immer mehr wie der Tag davor. Erstens, weil das Virus noch immer grassiert. Zweitens, weil die „vorher“ eingeleiteten Reformen „danach“ wieder in Angriff genommen werden, auch wenn die Arbeitswelt in Frankreich nichts davon wissen will. Die Regierung versichert den Bürgern, dass der Einbruch des BIP um 13 % nicht durch Steuern aufgefangen werden soll. Doch die Entlassungswelle reißt in diesem Sommer nicht ab, und auch die Preise steigen: für Energie, Verkehr, Obst und Gemüse ...

Die Arbeitsorganisation wird sich unter Berücksichtigung der Lehren aus der Krise verändern. Telearbeit, Plattformarbeit und auf Videokonferenzen basierende Arbeit erfordern Regelungen, die es bis jetzt noch nicht gibt. Nach der Resilienz ist nun Wachsamkeit geboten. Wird die Krise zeigen, dass die wirtschaftlich Stärkeren immer besser davon kommen und dass die wirtschaftlich Schwächeren immer mehr leiden? In der Region Paris gab es die meisten Erkrankungen im ärmsten Département. Leider ist das wenig überraschend, oder?



BENTE SORGENFREY: FOKUS AUF DAS WESENTLICHE IN MEINEM LEBEN

Als die Coronakrise am 11. März in Dänemark ausbrach, haben meine Kollegen und ich uns für einen geordneten Lockdown für unsere Mitglieder eingesetzt. Viele Arbeitnehmer mussten von zu Hause aus arbeiten, andere in Stresssituationen in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Dienstleistungseinrichtungen, die während der Krise offen blieben. Klare Antworten und eine enge Zusammenarbeit mit Kollegen waren unabdingbar.

Ich bin außerdem Vizepräsidentin des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) und musste daher auch mit Kollegen in anderen Ländern zusammenarbeiten. Ich freute mich, dass wir – die dänische Regierung und die Sozialpartner – am 14. März eine dreiseitige Vereinbarung über einen befristeten Lohnausgleich geschlossen haben. Die Vereinbarung richtet sich an Beschäftigte in Privatunternehmen, die aufgrund von COVID-19 erhebliche finanzielle Einbußen erleiden.

Die Unternehmen haben das neue Lohnausgleichsprogramm statt der bestehenden Regelungen genutzt, wonach Beschäftigte ohne Lohnfortzahlung vorübergehend entlassen werden können. Es wurden Förderprogramme für kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler eingerichtet. Einige Teile der Vereinbarung laufen bald aus, und wir verhandeln momentan über einen diesbezüglichen Ersatz, damit die Beschäftigten weiterhin geschützt sind.

Ich persönlich habe von zu Hause aus gearbeitet und bin rasch eine „Superuserin“ neuer virtueller Instrumente geworden. Diese Zeit zu Hause hätte wegen der Ungewissheit über die Zukunft sehr stressig werden können, doch letzten Endes habe ich mich dort komplett auf meine Arbeit konzentriert und konnte auch mehr Zeit mit meiner Familie verbringen. Ich bin überzeugt, dass die letzten Monate dazu beigetragen haben, dass meine Kollegen und ich uns nun stärker auf unsere Kernaufgabe konzentrieren und die Sitzungen disziplinierter ablaufen. Es hat mir auch persönlich viel bedeutet, dass ich mich auf das Wesentliche in meinem eigenen Leben fokussieren konnte.



ARNAUD SCHWARTZ: GESUNDHEITLICHE, ÖKOLOGISCHE, SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE KRISEN: GEMEINSAM FÜR EINE LEBENSWERTE WELT

Fern von nationalistischer Abschottung und autoritärer Versuchung ist die Kooperation auf europäischer Ebene von entscheidender Bedeutung. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Virus, aber auch zur Bekämpfung seiner Ursachen und Folgen, ist unerlässlich, zumal künftige Pandemien – ebenso wie die Umweltverschmutzung, der Klimawandel oder auch die Biodiversitätskrise – keine Grenzen kennen. Europa verfügt über starke Hebel, um das Gemeinwohl wieder in den Mittelpunkt der Entwicklung des Kontinents zu rücken. Wenn wir den Grünen Deal, die gemeinsame Agrarpolitik und den mehrjährigen Finanzrahmen verbessern, dann könnten wir die europäischen und nationalen Vorhaben und Finanzmittel ganz neu ausrichten, damit Europa – die erste Weltmacht – sich zu einer lebenswerten Welt entwickelt.

Kooperation statt Wettbewerb – von der individuellen bis zur internationalen Ebene – ist alles andere als ein langer ruhiger Fluss. Nur für sein persönliches Interesse einzutreten, scheint so bequem. Angesichts dieser Versuchung müssen wir uns vergegenwärtigen, dass diese kurzsichtige Vision uns ins Verderben führt: Sie käme mit einem gewaltigen Bumerangeffekt zurück. Die Krisen haben ein historisches Ausmaß, die Herausforderung scheint enorm und wir können sie nicht im Alleingang bewältigen.

Mein Appell ist daher eindeutig: Um diese Krisen zu überwinden, sollten wir unsere Egoismen beiseitelassen und im Interesse der Allgemeinheit zusammenarbeiten. Kümmern Sie sich um sich, Ihre Angehörigen, Unbekannte in Not, die lebendige Welt um Sie herum! Wir sollten unsere Energien darauf verwenden, dieser beispiellosen Krisen, die wir momentan durchleben, Herr zu werden.

EWSA

Isabel Caño Aguilar, Vizepräsidentin für Kommunikation: Ich sage nur „Auf Wiedersehen“

Alles hat seine Zeit. Nun ist die Zeit gekommen, auf Wiedersehen zu sagen. Wir haben zweieinhalb Jahre miteinander verbracht: Seit 2018 durfte ich in meiner Funktion als Vizepräsidentin für Kommunikation an der Seite von **Milena Angelova** arbeiten, die als Vizepräsidentin für den Haushalt zuständig ist.

Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um Ihnen, liebe Leserinnen und Leser unseres EWSA info, für Ihre Treue zu danken. Wir durften mit Ihnen die besten Momente unserer Veranstaltungen, Seminare, Debatten, Diskussionen und Plenartagungen teilen – kurz gesagt: aller Initiativen, die die Mandatsperiode des EWSA unter **Präsident Luca Jahier** geprägt haben.

Ich hatte das Glück, in der Direktion Kommunikation mit einem fantastischen Team zusammenzuarbeiten. Diese Kolleginnen und Kollegen, die mich in dieser Zeit unterstützt haben – diese Frauen und Männer, die für mich eine Bereicherung waren, die mir beigebracht haben, der Welt um uns herum größere Beachtung zu schenken, und die mit mir gemeinsam die Initiativen in dieser Mandatsperiode begleitet haben – werden mir stets in Erinnerung bleiben. Ohne ihre Arbeit, ihren Einsatz und ihren Enthusiasmus wäre meine Aufgabe unmöglich gewesen.

Wie oft haben wir den Gedanken von Hannah Arendt, dass „das Finden des rechten Wortes im rechten Augenblick [...] bereits Handeln ist“, in die Tat umgesetzt!

So viele Erinnerungen, Gesichter und Worte, die ich nie vergessen werde. An dieser Stelle seien die Journalisten erwähnt, die an den Dezember-Seminaren teilnahmen, etwa Andrew Caruana Galizia, der zur Meinungsfreiheit aufrief, oder Marta Lempart, die anlässlich der Verleihung des zweiten Preises der Zivilgesellschaft 2019 für Geschlechtergleichstellung an die polnische Organisation „Strajk Kobiet“ die Frauen dazu aufforderte, selbst für Veränderung zu sorgen.

Ich erinnere mich an folgenden Ratschlag der Brüsseler Medienvertreter, die wir zu den Sitzungen der Kommission für Kommunikation (COCOM) eingeladen hatten: „Hören Sie Ihren Mitgliedern zu, sie haben alle Geschichten zu erzählen“.

Es fanden zuweilen sehr lebhaft Diskussionen in den Sitzungen statt, zu denen wir in Athen und Málaga zusammenkamen. 2018 bot uns das Seminar in Athen, der Wiege der Demokratie, die Gelegenheit, wieder zu den Wurzeln unserer europäischen Werte zurückzukehren. 2019 kamen wir an der Universität in Málaga zu einer Veranstaltung zusammen, an der junge Menschen aktiv teilnahmen und auf der wir bekräftigten, dass die Europäische Union ein Projekt ist, das gemeinsam mit der Zivilgesellschaft aufgebaut werden muss.

Ab März 2020 mussten wir aufgrund der Lockdown-Maßnahmen unsere tägliche Arbeit umorganisieren. Die Pandemie hat unser Leben, aber auch unsere Arbeitsweise verändert. Der Ausschuss hat schnell reagiert und bereits am 17. März eine Erklärung veröffentlicht, in der wir mehr Solidarität und ein gemeinsames Vorgehen auf europäischer Ebene fordern, um die Folgen der Pandemie wirksam zu bewältigen.

Wir haben Hand in Hand mit anderen Institutionen zusammengearbeitet, um die Krise auf sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ebene anzugehen. Als Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft haben wir mit einer Stimme gesprochen und deutlich gemacht, dass wir nur gemeinsam stark genug sind, um die Krise zu meistern.

In der für Kommunikation zuständigen Abteilung haben wir für die Medienberichterstattung über unsere weiterlaufende Legislativarbeit gesorgt. Wir wollten aber auch zeigen, wie sich die EWSA-Mitglieder in ihrem Heimatland und in ihren Organisationen engagiert haben, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen.

Unsere Artikelreihe „Dessine-moi...“ ermöglichte es den Mitgliedern, ihre Gefühle, Überlegungen und Ansichten zu diesen Momenten der Pandemie, in denen die Zeit stillzustehen schien, mit uns zu teilen. Vor allem haben sie uns aber erneut die Vielfalt unseres Ausschusses und der Aktivitäten der Gewerkschaften,

Unternehmer und Mitglieder anderer Organisationen der Zivilgesellschaft vor Augen geführt.

Bald werden wir ein neues Kapitel der Geschichte unserer Institution aufschlagen. Ich danke Ihnen allen für Ihre Arbeit, Ihren Einsatz, Ihr Engagement und vor allem Ihre Bereitschaft zur Kommunikation über den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Ich danke den Leserinnen und Lesern von EWSA info für Ihr stetes Interesse an Neuigkeiten vom EWSA, ich danke den Mitgliedern, die uns ihre Gedanken nähergebracht haben, und ich danke den Gruppen, den Fachgruppen und den Übersetzern, die trotz Zeitdruck Präzisionsarbeit geleistet haben.

Vielen Dank an das Team des Pressereferats für seine Effizienz und seine Kreativität sowie die Veröffentlichung dieses Newsletters, der immer mehr neue Abonnenten findet. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen des Referats Online-Information (INF) für ihren künstlerischen und technischen Beitrag zur Produktion von EWSA info.

Ich gehe nicht weg – ich bleibe in meiner Funktion als Mitglied. Ich werde Sie bei all ihren Aktivitäten im Informations- und Kommunikationsbereich tatkräftig unterstützen.

Meine letzten Worte, die von Albert Camus stammen, sind wie eine Devise, die wir hoffentlich jeden Tag beherzigen können: „Schaffen heißt: zweimal leben“.



Milena Angelova, für Haushalt zuständige Vizepräsidentin: Den besten Kurs wählen

Die Europäische Union durchlebt derzeit bewegte Zeiten und entscheidende Momente. Sie ist auf die koordinierten Anstrengungen und Synergien aller Institutionen, aller Akteure sowie aller europäischen Bürgerinnen und Bürger angewiesen, um die richtige Strategie zur erfolgreichen Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen zu finden und als starker globaler Akteur aufzutreten. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss als einzigartige Plattform, die es ermöglicht, die Standpunkte von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu allen wichtigen Aspekten für eine bessere Verwirklichung unseres gemeinsamen Projekts Europa zusammenzutragen und zu Gehör zu bringen.

Es ist Aufgabe der EWSA-Präsidentschaft, dem Ausschuss eine Richtung vorzugeben und den besten Kurs für die jeweilige Mandatsperiode zu wählen, gemeinsame politische Prioritäten auf den Weg zu bringen und festzulegen, wie sie am besten in die Tat umgesetzt werden können. Es war eine große Ehre und eine Freude für mich, in den vergangenen zweieinhalb Jahren mit meinen geschätzten Kolleginnen und Kollegen

zusammenarbeiten und gemeinsam mit ihnen darauf hinzuwirken zu dürfen, diese Mission zu verwirklichen. Unsere gemeinsamen Bemühungen beruhen auf der festen Überzeugung, dass jedes einzelne EWSA-Mitglied über einzigartige Kompetenzen, Erfahrungen und Kenntnisse verfügt, als Bindeglied zu Unternehmen und Bürgern in ganz Europa fungiert und dabei eine direkte Verbindung zu seiner nationalen Basis aufrechterhält. Daher haben wir uns bemüht, für alle EWSA-Mitglieder ein ideales Umfeld sowie bestmögliche Rahmenbedingungen und Unterstützung bereitzustellen, damit sie ihr Potenzial und ihre Kreativität entfalten können und ihre Beiträge optimal genutzt und in professionelle, repräsentative und ausgewogene Stellungnahmen einfließen können. Unsere Anstrengungen waren darauf ausgerichtet, die Außenwirkung des EWSA zu erhöhen und für eine strukturiertere Weiterverfolgung seiner Arbeit zu sorgen und diese überall in Europa bekannt zu machen – bei den Institutionen der EU und der Mitgliedstaaten, bei Entscheidungsträgern und Partnerorganisationen.

Ich bin stolz und dankbar, dass wir zusammen so viel erreicht haben, indem wir als gut funktionierendes und eingespieltes Team an einem Strang gezogen und uns dafür eingesetzt haben, gleiche Chancen und Bedingungen für alle EWSA-Mitglieder zu schaffen, um zum gemeinsamen Erfolg unseres Ausschusses bei der Erfüllung seiner Aufgaben beizutragen. Ich wünsche der neuen Präsidentschaft viel Glück und Erfolg für die vor uns liegende Mandatsperiode!



Künstliche Intelligenz: Im EU-Recht müssen sichere Grenzen für Anwendungen mit hohem Risiko gezogen werden

Die Verfolgung und Überwachung sowie die Erkennung von Emotionen mittels Biometrie sollten in Europas auf den Menschen ausgerichteter künstlicher Intelligenz (KI) keinen Platz haben, forderte der EWSA in seiner auf der Juli-Plenartagung verabschiedeten [Stellungnahme](#) zum [Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz](#) der Europäischen Kommission.

Laut Europäischer Kommission sollte eine KI-Anwendung als mit hohem Risiko behaftet eingestuft werden, wenn sie sowohl in einem Sektor eingesetzt wird, in dem mit erheblichen Risiken zu rechnen ist (Gesundheitswesen, Verkehr, Energie und Teile des öffentlichen Sektors), als auch wenn ihr Einsatz an sich mit einem hohen Risiko verbunden ist. Nur wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, sollte von hochriskanter KI gesprochen werden, die dann unter spezifische Vorschriften und eine eigene Governance-Struktur fallen sollte.

Der EWSA ist der Auffassung, dass diese Definition zu potenziell gefährlichen Schlupflöchern führen könnte.

„Nehmen wir die politische Werbung von Facebook“, so Berichterstatterin Catelijne Muller. „Werbung ist ein Bereich mit geringem Risiko, und die Nachrichtenaggregationsfunktion von Facebook kann als risikoarme Nutzung von KI betrachtet werden. Wir haben jedoch im Wahlkampf gesehen, dass die Verbreitung von Falschmeldungen und mittels KI generierter ‚Deepfakes‘ über Facebook viele negative Auswirkungen haben und das Wahlverhalten beeinflussen kann, und zwar auch von außerhalb Europas aus.“

Der EWSA hält es für besser, eine Liste gemeinsamer Merkmale zu erstellen, die eine Anwendung unabhängig vom betreffenden Sektor als hochriskant kennzeichnen.

Er besteht außerdem auf einem Verbot KI-gestützter biometrischer Erkennung zur Überwachung oder zur Verfolgung, Bewertung oder Kategorisierung menschlichen Verhaltens bzw. menschlicher Emotionen. Dies gelte laut Frau Muller umso mehr, als es keine wissenschaftlichen Belege dafür gibt, dass man die Gefühle eines Menschen anhand seiner Biometrie erkennen kann.

Der EWSA warnt darüber hinaus vor dem unkontrollierten Einsatz von Technologie zur Verfolgung und Rückverfolgung als Mittel zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie in unserer Gesellschaft.

„KI-gestützte Techniken und Ansätze zur Bekämpfung der Pandemie sollten genauso robust, wirksam, transparent und begründbar sein wie jede andere KI-Technik in jeder anderen Situation“, so Frau Muller. „Die Menschenrechte, die ethischen Grundsätze und die Rechtsvorschriften sollten gewahrt werden. Ihre Nutzung sollte überdies freiwillig sein, da viele Techniken, die während der Krise eingeführt wurden, zwangsläufig Bestand haben werden.“ (dm)



EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter muss auch genutzt werden, um die negativen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Frauen abzufangen

Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** fordert die Europäische Kommission auf, ihre neue Gleichstellungsstrategie rasch umzusetzen und dabei auch die negativen Auswirkungen anzugehen, die die COVID-19-Pandemie ganz spezifisch für Frauen hatte. Aufgrund der Coronakrise haben sich die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern weiter verschärft, und die Gewalt gegen Frauen hat ebenso zugenommen wie die verschiedenen Formen von Diskriminierung, denen diese ausgesetzt sind.

„Während der COVID-19-Krise ist das Risiko von Frauen, Opfer von Gewalt, Armut und verschiedenen Formen von Diskriminierung zu werden und in wirtschaftliche Abhängigkeit zu geraten, gestiegen. Die Gleichstellungsstrategie sollte unverzüglich umgesetzt werden, damit Frauen nicht weiter den Preis für die Pandemie bezahlen müssen“, sagte **Giulia Barbucci**, Berichterstatterin für die auf der Juli-Plenartagung verabschiedete EWSA-Stellungnahme zur Geschlechtergleichstellung.

Darin fordert der EWSA die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass den negativen Auswirkungen der Krise auf die Geschlechtergleichstellung in der Strategie Rechnung getragen wird und die Mitgliedstaaten die Geschlechterperspektive bei allen ihren Konjunkturmaßnahmen berücksichtigen.

Mitberichterstatterin **Indrė Vareikytė** betonte den starken Einfluss der Medien auf die Entstehung und Zementierung von Stereotypen, die zu Vorurteilen gegenüber Frauen führen und weitere Ungleichheiten schaffen.

Der EWSA fordere daher die Aufnahme eines neuen thematischen Schwerpunkts „Medien und Werbung“ in den nächsten Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen. Die Medien sollten zudem Verhaltenskodizes annehmen und weitere Maßnahmen ergreifen, um Sexismus zu verbieten und Stereotype abzubauen. (II)



Die Verwirklichung der Klimaneutralität hängt vor allem davon ab, dass die EU ihre Bürgerinnen und Bürger einbeziehen kann

Die Verwirklichung der Klimaneutralität hängt vor allem davon ab, dass die EU ihre Bürgerinnen und Bürger einbeziehen kann. Die Lösung der Klima- und Umweltprobleme ist eine der obersten Prioritäten der EU. Da sich der Klimawandel zum Klimanotstand

auswächst, muss die EU einen grundlegenden Wandel vollziehen, um eine Ökonomie des Wohlergehens zu fördern.

Hierfür hat die Europäische Kommission den europäischen Grünen Deal vorgelegt und über eine Konsultation sondiert, wie die Bürgerinnen und Bürger über einen europäischen Klimapakt eingebunden werden können, der im letzten Quartal 2020 auf den Weg gebracht werden soll.

Der EWSA wurde deshalb ersucht, Orientierungshilfen dafür zu geben, wie bei bestehenden Strukturen wie Bürgerdialogen und -versammlungen angesetzt werden kann, um das notwendige kollektive Engagement für die Nachhaltigkeitsziele zu fördern. Davon hängt der Erfolg jedweder Klimaschutzmaßnahmen ab.

„Die Umsetzung des Klimapakts bietet der Kommission eine wichtige Gelegenheit – und nimmt sie in die Pflicht – einen modellhaften innovativen Ansatz zu entwickeln, der die Aktionen, die in der Zivilgesellschaft in Gemeinschaften, Städten und Regionen bereits stattfinden, abbildet, unterstützt und inspiriert,“ so Dimitris Dimitriadis, Berichterstatter für die Stellungnahme zum Klimapakt.

Die Europäische Kommission schlägt außerdem vor, über das jüngst vorgeschlagene [europäische Klimagesetz](#), in dem die Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen auf Null bis 2050 rechtsverbindlich festgeschrieben wird, auch ein neues Ziel für 2030 im EU-Recht zu verankern.

„Mit Blick auf den Wiederaufbau nach der COVID-19-Krise ist es wichtiger denn je, dass die Zivilgesellschaft und die Regierungen ihre Kräfte bündeln und sich zur Umsetzung des Klimagesetzes verpflichten. Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass wir unter Aufbietung aller Kräfte Dinge wirklich ganz anders angehen können“, betonte Jan Dirx, Berichterstatter für die Stellungnahme zum europäischen Klimagesetz. (mr)



EWSA drängt auf einen Datenaustausch im Bereich digitale und kollaborative Wirtschaft

Der EWSA fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Koordinierung in Steuerfragen auf europäischer und internationaler Ebene bezüglich der digitalen und kollaborativen Wirtschaft zu intensivieren. Mit einer besser koordinierten Steuerpolitik für diesen neuen Bereich und entsprechenden Instrumenten und praktikablen Lösungen könnten die Einhaltung der Steuervorschriften verbessert, ein fairer Wettbewerb gewährleistet und das volle Potenzial dieses neuen Wirtschaftssektors erschlossen werden.

Der EWSA begrüßt zwar die bestehende Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission, den EU-Mitgliedstaaten und der OECD/G20 zu diesem Thema, fordert die Mitgliedstaaten in seiner auf der EWSA-Plenartagung am 15. Juli 2020 verabschiedeten Stellungnahme jedoch auch auf, ggf. Lösungen auf EU-Ebene zu finden, wenn eine Einigung auf internationaler Ebene nicht wie geplant bis Ende 2020 erreicht wird und auch nicht absehbar ist. Der Ausschuss schlägt klare und harmonisierte Berichterstattungspflichten für digitale und kollaborative Unternehmen sowie ein funktionierendes und verhältnismäßiges System für die Erhebung und den Austausch von Daten auf EU-Ebene vor, wenn eine internationale Einigung auf sich warten lässt.

Auf der Plenartagung des EWSA lenkte Berichterstatterin Ester Vitale die Aufmerksamkeit insbesondere auf den dringenden Handlungsbedarf. „Besteuerung und Steuerpolitik müssen mit der kollaborativen Wirtschaft Schritt halten. Die internationalen, europäischen und nationalen Institutionen müssen die hiermit verbundenen Herausforderungen rasch und wirksam angehen. Eine Lösung sollte vorzugsweise auf internationaler oder sogar globaler Ebene gefunden werden“, so Frau Vitale: „Die derzeitigen Steuervorschriften und -modelle müssen an das neue Unternehmensumfeld angepasst werden.“ (mp)



EWSA unterstützt Europäisches Jahr der Schiene 2021

Die Eisenbahn muss zum Grundpfeiler der Mobilität in der EU und zum wichtigsten Verkehrsträger werden. Der EWSA unterstützt deshalb den Vorschlag der Europäischen Kommission, das Jahr 2021 zum Europäischen Jahr der Schiene zu erklären.

In der Stellungnahme des Berichtstatters Alberto Mazzola, die auf der Juli-Plenartagung verabschiedet wurde, unterstreicht der Ausschuss, dass die EU gemäß den Zielen des europäischen Grünen Deals mehr in die Schiene investieren und die Eisenbahn zudem stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken muss. Dabei sollte eine Diskussion über den Personenverkehr, auch über die Beförderung von Menschen mit

eingeschränkter Mobilität, die Digitalisierung und die ökologische Nachhaltigkeit angestoßen werden.

Anlässlich des Europäischen Jahres der Schiene 2021 soll die Eisenbahn als Paradebeispiel für intelligente Mobilität sowie als innovatives und sicheres Verkehrsmittel herausgestellt werden. Dabei gilt es, die breite Öffentlichkeit, insbesondere die Jugend anzusprechen. In Projekten, Diskussionen, Veranstaltungen, Ausstellungen und Initiativen in ganz Europa, die sich an Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und öffentliche Stellen richten, soll deutlich gemacht werden, warum die Eisenbahn eine attraktive und nachhaltige Möglichkeit bietet, durch ganz Europa zu reisen. In diesem Zusammenhang soll die EU-weite Dimension hervorgehoben werden.

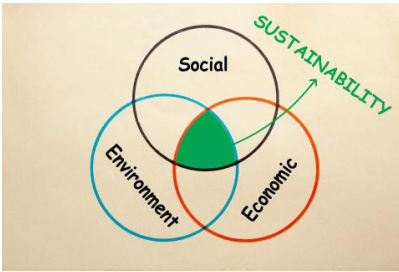
In seinem Redebeitrag auf der Plenartagung betonte Alberto Mazzola, das Europäische Jahr der Schiene solle auch Gelegenheit sein, die Attraktivität einer beruflichen Laufbahn im Schienenverkehr insbesondere jungen Europäern besser zu vermitteln, indem gemeinsame Initiativen mit Sozialpartnern, Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen allgemein und europäischen Jugendorganisationen unterstützt werden.
(mp)



EWSA: Schlüsselrolle des Handels für die nachhaltige wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Krise

Auf seiner Juli-Plenartagung verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine Stellungnahme zum jüngsten Jahresbericht der Europäischen Kommission über die Umsetzung von Freihandelsabkommen im Jahr 2018. Der EWSA betont die Schlüsselrolle des Handels, "wenn es darum geht, nach der Krise eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu fördern und den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ihre gestörten Wertschöpfungsketten wiederaufzubauen und neu zu organisieren." Gleichzeitig bedauert er, dass im Umsetzungsbericht „so gut wie gar nicht“ auf die Überwachungsarbeit der Zivilgesellschaft eingegangen wird.

In seiner Stellungnahme fordert der EWSA die EU-Institutionen nachdrücklich dazu auf, wichtige Lehren aus der aktuellen Krise zu ziehen. Dazu müssen die globalen Lieferketten widerstandsfähiger, diversifizierter und verantwortungsvoller werden. Es gilt, Instrumente zu entwickeln, „die dazu dienen, eine nachhaltige Handels- und Investitionsagenda in all ihren Facetten zu verwirklichen“. Der EWSA bedauert insbesondere, dass im Umsetzungsbericht „so gut wie gar“ nicht auf die Arbeit der Internen Beratungsgruppen (DAG) eingegangen wird. Diese überwachen die Auswirkungen der Abkommen auf die Verpflichtungen im Bereich Handel und nachhaltige Entwicklung. Der Ausschuss fordert, die DAG zu stärken, „damit sie ihren Überwachungsaufgaben erfolgreich nachkommen können“. Er stellt mit Besorgnis fest, dass „es in den Kapiteln über Handel und nachhaltige Entwicklung derzeit an verbindlichen Durchsetzungsmechanismen mangelt“. (dgf)



COVID-19-Krise: Die Unternehmen in der EU sollten nach Ansicht des EWSA ihr Wirtschaftsmodell überdenken

Unser Geschäftsmodell in Europa und der Welt muss sich grundlegend ändern. Allerdings sollten die langfristigen Ziele der EU für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum trotz der COVID-19-Krise weiter die Grundpfeiler für unsere Zukunft bilden. In seiner von **Philip von Brockdorff** erarbeiteten und auf der Juli-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in der EU betont der EWSA, dass die derzeitige Krise den Unternehmen in der EU Gelegenheit bietet, ihre Geschäftstätigkeit zu überdenken und zu verbessern. Die EU darf sich durch die Krise nicht von ihren Zielen abbringen lassen, wie sie im europäischen Grünen Deal, in der Strategie für nachhaltiges Wachstum 2020 und in der europäischen Säule sozialer Rechte formuliert wurden.

Während der Plenardebatte sagte **Herr Brockdorff** dazu: „Die wirtschaftlichen Probleme und andere Folgen der COVID-19-Krise machen deutlich, dass eine Veränderung des *Modus Operandi* von Unternehmen innerhalb der EU und weltweit notwendig ist. Die Lieferketten haben sich als anfällig erwiesen und müssen gesichert werden. Die Akteure in der EU müssen ihre diesbezüglichen Strategien überdenken und dabei in zahlreichen Sektoren den Schwerpunkt auf die Diversifizierung und Neuausrichtung der Lieferketten legen. Dabei wird auch eine Art sektorspezifische Deglobalisierung erforderlich sein. Zumindest sollten EU-Unternehmen, die wichtige Güter produzieren, darüber nachdenken, ihre Produktionsstätten wieder nach Europa zu verlagern.“

Um in den kommenden Jahren nachhaltiges Wachstum sicherzustellen, muss die europäische Wirtschaft unter Berücksichtigung der Schlüsselfaktoren ökologische Nachhaltigkeit, Produktivitätssteigerungen, Gerechtigkeit, sozialer Fortschritt und gesamtwirtschaftliche Stabilität umgestaltet werden.

Die Europäische Union muss im Welthandel eine größere Rolle spielen. Das ist für die Unternehmen in der EU und ihre geschäftlichen Perspektiven von entscheidender Bedeutung. Darüber hinaus sind für weltweit tätige globale Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen in vielerlei Hinsicht sehr wichtig, bspw. mit Blick auf die internationalen Arbeitsnormen, den fairen Wettbewerb und die Einhaltung der Klimaschutzziele. (mp)



Ständige Änderungen gefährden Fertigstellung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)

Eine rechtzeitige Fertigstellung der TEN-V-Vorhaben wird vor allem durch fortwährende Änderungen der nationalen politischen Prioritäten der EU-Mitgliedstaaten behindert, weshalb Zweifel bestehen, ob das Kernnetz bis 2030 vollendet werden kann – so warnt **Alberto Mazzola** in seinem auf der Juli-Plenartagung des EWSA angenommenen Informationsbericht „Bewertung der Leitlinien für das

transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) 2013-2020“.

Der Abschluss der TEN-V-Vorhaben wird nicht nur durch veränderte nationale politische Prioritäten erschwert, die sich auf Projekte mit grenzüberschreitender Bedeutung auswirken, sondern auch durch die ablehnende Haltung der Bevölkerung oder anderer Interessenträger. Dies zeigt, dass in Verbindung mit der TEN-V-Politik wichtige soziale und wirtschaftliche Anliegen der Zivilgesellschaft berücksichtigt werden müssen, denn nur durch eine frühzeitige Einbeziehung und Konsultation der zivilgesellschaftlichen Organisationen kann eine angemessene Begleitung sichergestellt und können Hemmnisse für die Durchführung der Vorhaben ausgeräumt werden.

In der Plenardebatte unterstrich **Herr Mazzola**: „Der EWSA teilt die Zweifel der Interessenträger, dass das Kernnetz bis 2030 fertiggestellt werden kann, erachtet es indes als wichtig, an diesem Ziel festzuhalten, um auf die Mitgliedstaaten Druck auszuüben, und hält es für möglich, dass einige wichtige grenzüberschreitende Vorhaben fristgerecht abgeschlossen werden. Es ist unerlässlich, die Zivilgesellschaft in die Entwicklung und Überwachung der Korridore und Vorhaben einzubinden, um die bestmögliche Durchführung der Vorhaben sicherzustellen. Dort, wo dies frühzeitig durch umfassende Informationskampagnen erfolgt ist, kommen die Vorhaben gut voran; dort, wo dies unterlassen wurde, gibt es großen Widerstand seitens der Bevölkerung.“ (mp)



Globale Erwärmung: EWSA fordert neue steuerliche Maßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes

Neue Steuern und zusätzliche Maßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes sind hilfreich, werden aber nicht ausreichen: Die globale Erwärmung wird wahrscheinlich so lange anhalten, bis es gelingt, der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen. In seiner von **Kristen Andersson** erarbeiteten und auf der Juli-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme betont der EWSA, dass ein neues System erforderlich ist,

um CO₂-Emissionen nicht nur zu besteuern und auf diese Weise unattraktiv zu machen, sondern die Emissionen, die sich bereits in der Atmosphäre befinden, zu entfernen, zu speichern und für andere Zwecke zu verwenden.

In seinen Ausführungen während der Plenartagung meinte **Herr Andersson**: „Wir müssen die Besteuerung nutzen, um die Ziele Europas in Bezug auf die Klimaneutralität zu erreichen. Allerdings werden noch weitere Instrumente erforderlich sein. Am besten wäre es, wenn wir CO₂-Emissionen reduzieren und gleichzeitig CO₂ aus der Atmosphäre entfernen könnten. Daher fordern wir einen symmetrischen Steueransatz auf der Grundlage dieser Strategie: Die durch CO₂-Steuern erzielten Einnahmen könnten genutzt werden, um Verfahren zu finanzieren, mit denen Kohlendioxid aus der Atmosphäre entfernt wird.“

Der EWSA empfiehlt darüber hinaus, durch spezielle Investitionen auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) sowie zur CO₂-Abscheidung und -Nutzung (CCU) zu entwickeln. Diese Maßnahmen wären ein weiterer Schritt zur Verringerung der Auswirkungen der CO₂-



Globalisierung ohne Regulierung führt laut EWSA zu mehr Ungleichheit

Durch ein reformiertes multilaterales Handelssystem sollen Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Beschäftigung bei der globalen Zusammenarbeit in Regulierungsfragen besonders gefördert werden. Dafür spricht sich der Europäische

Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) in einer von Georgi Stoev und Thomas Student erarbeiteten [Initiativstellungnahme](#) aus, die auf der Plenartagung des EWSA im Juli verabschiedet wurde.

Einschneidende Ereignisse wie das Coronavirus (COVID-19) drohen die Weltwirtschaft und das gesellschaftliche Leben zum Stillstand zu bringen. Es zeichnen sich Rezessionen in den USA, der EU, Japan und anderen Teilen der Welt, ein stark gedämpftes Wachstum in China und ein enormer Rückgang der Produktion ab. Die Regierungen müssen die wirtschaftlichen Schäden durch Fiskal- und Geldpolitik kompensieren und die absehbaren wirtschaftlichen Verwerfungen bewältigen.

„Die industrielle Entwicklung Europas darf nicht einem unfairen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialdumping zum Opfer fallen. Darin liegt eine echte Bedrohung für die europäische Industrie und das europäische Sozialmodell“, erklärte der Berichterstatter der Stellungnahme, **Georgi Stoev**. „Wir sind besorgt über die ablehnenden Einstellungen gegenüber dem internationalen Handel und der Globalisierung und über den zunehmenden Populismus. Protektionismus und Nationalismus liefern keine Antworten auf wirtschaftliche und soziale Probleme.“

Mitberichterstatter **Thomas Student** ergänzt: „Europa braucht dringend eine neue interne Integration. Es geht um eine gemeinsame Strategie für die Bereiche Wirtschaft, Soziales (einschließlich Koordinierung im Gesundheitsbereich), Steuern, Energie und Umwelt sowie um eine kohärente Handelspolitik.“ Der EWSA ist der Auffassung, dass der Grüne Deal eine neue Industriestrategie und Handelspolitik sowie die Wirtschafts-, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik in einem umfassenden Vorhaben zum Schutz der Umwelt zusammenführen sollte. Freilich darf dies nicht zu Lasten des Binnenmarkts, der europäischen Unternehmen und der Arbeitsplätze geschehen, und hohe Umweltziele sollten zudem für die Industrie als Ganzes gesetzt werden. (ks)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



EWSA fordert Verbesserung der Agrarschutzklauseln in Handelsabkommen

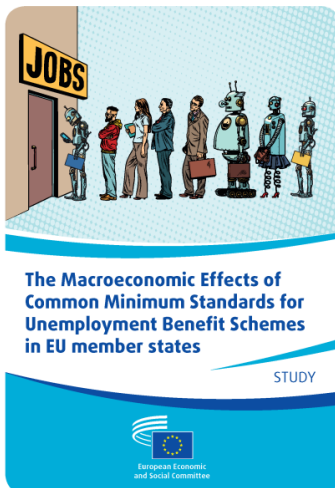
Von der Gruppe Arbeitgeber im EWSA

Auf der Plenartagung im Juli wurde eine Initiativstellungnahme zur Einführung von Schutzmaßnahmen für Agrarerzeugnisse in Handelsabkommen der EU verabschiedet.

Im Vorfeld der von der Europäischen Kommission eingeleiteten Überarbeitung der Handelspolitik der EU wird in dieser Stellungnahme die geostrategische Bedeutung der Nahrungsmittelerzeugung hervorgehoben und betont, dass die Produktionskapazitäten der einzelnen Länder geschützt werden müssen, indem eine angepasste Agrar- und Wirtschaftspolitik gefördert und gleichzeitig ein organisierter internationaler Handel sichergestellt wird, um mit den Unwägbarkeiten der Produktion sowie den andauernden Unzulänglichkeiten in bestimmten geografischen Gebieten zurechtzukommen.

Aus Sicht des Berichterstatters **Arnold Puech d'Alissac** von der Gruppe Arbeitgeber im EWSA sind heute „dank der Entwicklung der IT-Kapazitäten wesentlich wirkungsvollere Maßnahmen möglich. Sie sind schnell, automatisiert, verhältnismäßig und umfassend und erlauben dadurch den Schutz der Lieferketten vom Erzeuger zum Verbraucher.“

Außerdem ist es, so der Berichterstatter, „an der Zeit, das Konzept der Nachhaltigkeit in die Handelsverhandlungen einzubringen, damit nicht unter unzureichend nachhaltigen Bedingungen hergestellte Billigimporte die Oberhand über die europäische Produktion gewinnen. Im Zuge des Grünen Deals ist die Kohärenz zwischen Umwelt-, Agrar- und Handelspolitik unerlässlich.“



Wie würde die Wirtschaft auf die EU-weite Einführung gemeinsamer Mindeststandards für Leistungen bei Arbeitslosigkeit reagieren?

von der Gruppe Arbeitnehmer

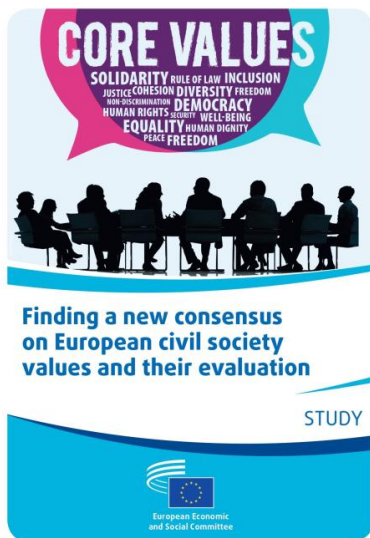
Aufgrund der Corona-Pandemie hat sich die drohende Krise zu einer tiefen Rezession mit dem stärksten in Friedenszeiten verzeichneten BIP-Rückgang seit einem Jahrhundert und einem Anstieg der Arbeitslosen und Kurzarbeiter um viele Millionen ausgewachsen. Obwohl unsere Sozialsysteme die Auswirkungen der Krise vielfach abfedern konnten, waren sie insgesamt genauso schlecht auf die Pandemie vorbereitet wie unsere Gesundheitssysteme, wurden sie doch durch die jahrelange

Sparpolitik seit der Krise 2008 massiv ausgehöhlt.

Darüber hinaus werden Arbeitnehmer und ihre Arbeitsplätze nicht überall in gleicher Weise geschützt. Häufig sind es gerade jene, die in den prekärsten Arbeitsverhältnissen – auf Werkvertragsbasis oder in anderen „neuen Beschäftigungsformen“ – arbeiten, die nicht durch unsere althergebrachten Schutzsysteme abgedeckt sind.

Die Leistungen bei Arbeitslosigkeit unterscheiden sich jedoch nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten: Sowohl bei der Bezugsdauer und beim Anspruch auf Leistungen als auch beim Anteil, zu dem das zuvor bezogene Entgelt ersetzt wird, bestehen massive Unterschiede. In der von der Gruppe Arbeitnehmer in Auftrag gegebenen Studie wurde untersucht, wie die EU-Wirtschaft insgesamt sowie die einzelnen Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten reagieren würden, wenn für die Systeme der Arbeitslosenunterstützung gemeinsame Mindeststandards in Bezug auf Anspruch, Bezugsdauer und Ersatzrate eingeführt würden. Mit Hilfe makroökonomischer Modellrechnungen wurde dieses Szenario unter den Bedingungen der Krise von 2008, über einen gesamten Haushaltszyklus hinweg sowie – ganz aktuell – vor dem Hintergrund der Corona-Rezession geprüft.

Dabei ergaben sich eindeutig positive Auswirkungen auf die Wirtschaft, die umso stärker ausfallen, wenn gleichzeitig weitere soziale Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Verhinderung eines weiteren Wirtschaftsabschwungs ergriffen werden. Die gesamte Studie (nur auf EN) sowie weitere Informationen können Sie [hier](#) abrufen.



[EWSA-Gruppe Vielfalt Europa veröffentlicht Studie zum Thema „Suche nach einem neuen Konsens über die Werte der europäischen Zivilgesellschaft und ihre Bewertung“](#)

von der Gruppe Vielfalt Europa

Haben französische, deutsche, italienische, griechische, ungarische und polnische Organisationen der Zivilgesellschaft (OZG) gleiche Vorstellungen von den Werten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität?

In der Studie „[Suche nach einem neuen Konsens über die Werte der europäischen Zivilgesellschaft und ihre Bewertung](#)“, die das

European Policy Centre (EPC) jüngst auf Initiative der EWSA-Gruppe Vielfalt Europa im Auftrag des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) erstellte, konnte gezeigt werden, dass die OZG in den untersuchten Ländern diese Werte tendenziell gleich definieren, wobei es beim Verständnis von Solidarität größere Unterschiede gibt als bei jenem von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Außerdem geht aus der Studie hervor, dass die OZG einhellig der Auffassung sind, dass der Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle bei der Stärkung dieser Werte zukommt. Allerdings sehen sie sich dabei vielfältigen Herausforderungen gegenüber, die sich insbesondere aus dem eingeschränkten Zugang zu Finanzmitteln, dem technischen Wandel und dem Generationswechsel sowie vor allem aus dem nicht immer förderlichen politischen Umfeld ergeben. In den Beziehungen zwischen den staatlichen Institutionen und den OZG verhärteten sich in allen untersuchten Ländern zunehmend die Fronten, es kommt zu einer verstärkten

Politisierung und die Offenheit für Kompromisse schwindet. Die OZG aus Süd- und Osteuropa schätzen ihre Lage, ihr Wertebild und die Zukunftsaussichten weniger positiv ein als jene aus Westeuropa.

Damit OZG weiterhin in der Lage sind, die Werte der Europäischen Union zu schützen, sind laut Studie künftig auf allen Ebenen Kooperationen und Innovationen sowohl seitens der Zivilgesellschaft als auch der staatlichen Institutionen erforderlich.

Die Studie wurde am 2. September vom Vorsitzenden der EWSA-Gruppe Vielfalt Europa **Arno Metzler** gemeinsam mit zwei der Autoren – **Corina Stratulat**, leitende EPC-Fachreferentin, und **Paul Butcher**, EPC-Fachreferent – im Rahmen einer Online-Presskonferenz präsentiert.

Auf dem Internetportal des EWSA finden Sie weitere Informationen zu den in der Studie zusammengefassten Vorschlägen und Empfehlungen der OZG und des Forschungsteams. Online abrufen können Sie auch [die Studie selbst](#), eine Zusammenfassung davon sowie die [Pressemitteilung](#) zu diesem Thema.

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Daniela Marangoni (dm)
David Gippini Fournier (dgf)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katharina Radler (kr)
Katerina Serifi (ks)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarida Reis (mr)
Margarita Gavanis (mg)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Katerina Serifi (ks)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

09/2020